

EZA

Der ÖVP-Parlamentsklub dankt für Ihr e-mail, in dem Sie sich gegen Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aussprechen. Wegen der Anzahl der Zuschriften mit ähnlichem Inhalt bitten wir gleichzeitig um Verständnis, dass innerhalb eines akzeptablen Zeitraums eine individuelle Antwort leider nicht möglich ist. Wir wollen in diesem Zusammenhang aber auf folgende Punkte hinweisen:

- Österreich wird im Jahr 2011 insgesamt voraussichtlich rund 929 Mio. € an öffentlichen Mitteln für die EZA aufbringen, das ist um rund 69 Mio. € mehr als im Jahr 2010 und um 109 Mio. € als 2009. Der Anteil der öffentlichen EZA-Leistungen am Bruttonationaleinkommen wird aus heutiger Sicht leicht ansteigen und sich in den kommenden Jahren stabil entwickeln.
- Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten leisten insgesamt rund 50 Mrd. € jährlich, das ist rund die Hälfte der weltweiten Gesamtleistung für Entwicklungszusammenarbeit. Österreich finanziert die EU-Mittel entsprechend unserem Anteil am EU-Budget mit.
- Die Europäische Union hat auch in Aussicht genommen, zusätzlich zu den EZA-Mitteln einen relevanten Beitrag an die ärmsten Länder zu den Kosten infolge des Klimawandels zu leisten. Österreich hat zugesagt, im Jahr 2011 insgesamt 40 Millionen für die Anschubfinanzierung für Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer bereitzustellen.

Richtig ist, dass die Mittel der Austrian Development Agency, die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, um rund 9 Mio. € reduziert werden. Diese Maßnahme ist zwar schmerzlich, aber im Rahmen der notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushaltes so wie in vielen anderen Bereichen leider ohne Alternative.

- Außenminister Spindelegger hat jedoch sichergestellt, dass nicht bei den Leistungen an den österreichischen Nichtregierungsorganisationen gespart wird, die wichtige Multiplikatoren und Fürsprecher für die Bedeutung und Notwendigkeit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in der breiteren Öffentlichkeit sind.
- Die Austrian Development Agency, wird daher die notwendigen Einsparungen möglichst durch interne Umstrukturierungen, freiwerdende Mittel durch den allmählichen Rückzug aus den Ländern Südosteuropas und bei der Budgethilfe umzusetzen. Es können daher die Projekte und Programme, die seitens der Austrian Development Agency finanziert werden, wie geplant weitergeführt werden.
- Bundesminister Spindelegger hat sich auch für eine klare Zukunftsperspektive für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. eröffnet. Auf seine Initiative hin hat die Bundesregierung ein Bekenntnis zu den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und zur finanziellen Zusage, 0,7% des Bruttonationaleinkommens bis 2015 für die Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, abgegeben und sich zur gemeinsamen Verantwortung bekannt für die notwendigen finanziellen Schritte zur Erreichung dieses Ziels zu setzen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie angesichts mancher Argumente der aktuellen p.r.-Kampagne die oben angesprochenen Überlegungen in Ihre Meinungsbildung mit einbeziehen könnten.

(Antwort Mail von Frau NR Claudia Durchschlag an Johannes Angerbauer 13.Dez.2010)